Neue Zürcher Zeitung
INTERNATIONALE AUSGABE

Laue Tinktur gegen Österreichs Leviathan

Der ÖVP-Vordenker Khol im Zeichen des Kompromisses

Der katholisch-konservative Vordenker der Volkspartei, Andreas Khol, will mündigere Bürger. Sie sollen eine Bürgergesellschaft bilden, in der die Freiheit mehr Chancen hätte. Khol, ein einflussreicher Politiker, geisselt zwar die Verstaatlichung der Solidarität, hält aber nichts von radikalen Rezepten; er geniesst das Gefecht mit dem ideologischen Kampfbegriff «Bürgergesellschaft», sucht aber stets den Kompromiss.

B. A. Wien, im August

Nach österreichischem Selbstverständnis ist der hierzulande gültige Gesellschaftsvertrag im Konzentrationslager Dachau entstanden. Von den Nationalsozialisten verhaftete Politiker, einst links und rechts verfeindet, gelobten einander, künftig in Konsens und Kompromiss zu regieren, nicht im konsequenten Wettstreit miteinander. Andreas Khol, ein Spitzenpolitiker der Österreichischen Volkspartei (ÖVP), bezeichnet diese Übereinkunft als ungeschriebene Verfassung Österreichs. Dieser Gesellschaftsvertrag sei nun bedroht, schreibt er in seinem jüngsten Buch.[1] Entfremdungserscheinungen griffen um sich, der Staat sei an die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit gestossen. Khol, ein Tiroler, ist der Chef der ÖVP-Fraktion im Parlament zu Wien und konservativer Vordenker seiner Partei. Er zielt nicht darauf, den alten Gesellschaftsvertrag zu ersetzen; er will ihn ergänzen. Er will nicht so sehr den Staat zurückstutzen als eine Gegenkraft «veranstalten», die diesen in Schach zu halten vermöchte.

Anonyme Fernwärme

Diese Gegenkraft verankert Khol in der sogenannten Bürgergesellschaft. Laut Khol wird es «immer kälter in der Gesellschaft»; die Solidarität sei verstaatlicht, Trittbrettfahrer, Faule, Mitnehmer nutzten den Staat aus. Die Aufgabenteilung zwischen Staat und Gesellschaft sei falsch. Demgegenüber leiste eine neue Bürgersolidarität Wichtiges: sie stärke die Demokratie, verschaffe dem Bürger mehr Freiheit und Verantwortung, sie vermittle Lebenssinn. «Selbstorganisation, Freiwilligkeit, Ehrenamtlichkeit, Engagement, örtliche Verwurzelung, erprobte Sachkunde, Dialogbereitschaft, demokratische Willensbildung, Bürgersinn: all dies sind Merkmale der Träger der Bürgergesellschaft.» Die Fehlentwicklung der letzten Zeit habe eine Liegestuhl-Gesellschaft hervorgebracht. An die Stelle von Nächstenliebe und Solidarität sei der Staat getreten, ein anonymes Fernwärmesystem. Die einen lägen im Liegestuhl, während «die anderen stöhnen unter der Arbeit, der Bürokratie und der Steuerlast».

Die bestehende soziale Marktwirtschaft nennt Khol den dritten Weg zwischen dem Kapitalismus der freien Marktwirtschaft und der sozialistischen Zentralverwaltungswirtschaft. Sie bedürfe aber einer «Ergänzung im Gesellschaftlichen»: So wie die soziale Marktwirtschaft dem freien Markt einen staatlichen Rahmen gebe, «den Wettbewerb veranstaltet, so muss in der Bürgergesellschaft dem freien Vereinswesen und den freien Vereinigungen ein staatlicher Rahmen gegeben werden, muss Bürgergesellschaft durch die Gestaltung der Rahmenbedingungen veranstaltet und gestaltet werden». Der ÖVP-Politiker hält unmissverständlich fest, dass der Staat den Bürgern weder Wertvorstellungen auferlegen noch letzte Ziele und Zwecke regeln dürfe; das wäre totalitär. Österreich ist laut Khol ein dezentrales Staatswesen mit bereits stark entwickelten bürgergesellschaftlichen Strukturen und 100 000 Vereinen. Der Sozialwissenschafter Bernd Marin schätzt, dass die gesamte Dauer unbezahlter Arbeit in Österreich pro Jahr rund elf Milliarden Stunden ergibt; den grössten Teil davon leisteten Frauen, was Khol übrigens bestreitet. Dies sei allerdings nur ein Bruchteil dessen, was etwa in Holland oder in Belgien üblich sei. Dem stehen laut Marin acht Milliarden Stunden Lohnarbeit gegenüber.

Die bürgergesellschaftlichen Strukturen sind, so Khol, mit dem Staat eng verschränkt; sie hätten «nicht emanzipatorischen Charakter», sondern verstünden sich als eine Ergänzung zum Staat. Österreichs Bürgergesellschaft hat, anders gesagt, defensiven Charakter. Khol lehnt liberale Thesen zu seinem Thema explizit ab: Die Emanzipation vom Staat, das Zurückdrängen des Staates, der sich ständig in neue Aufgabengebiete einmische, ist nicht die Sache Khols. Immerhin sei derlei «im Pluralismus der Ziele legitim». Khol beruft sich auf die Gemeinwohl-Lehre des christlichen Solidarismus. Angesichts seines Befundes, es herrsche ein kalter staatlicher Wohlfahrtsapparat mit zu hoher Steuerbelastung, wirkt Khols Tinktur allerdings lau. In seinem ersten Buch zum Thema[2] hatte er noch geschrieben, mit der Gefahr eines Therapie- und Polizeistaates gehe jene einher, dass die Demokratie erstarre. Wer solche Tendenzen dräuen sieht, müsste schärfere Medizin verordnen. Khol schlägt aber nur vor, die Bürgergesellschaft zu stärken, damit sie gegen den Staat bestehe.

Der Chefredaktor der «Presse», Andreas Unterberger, analysierte treffend, in Khols Welt halte sich der Staat eine Bürgergesellschaft, während es doch so sein sollte, dass sich die Bürger einen Staat hielten. Die laut Unterberger in Österreich so dringend nötige Aufbruchsstimmung, den Staat an allen Fronten in seine Schranken zu drängen, suche man bei Khol vergeblich. Für diesen ist das Modell der aktiven Bürgergesellschaft «kein Notventil für einen überzüchteten Staatsapparat». Khol sagt dazu, radikale Rezepte vorzuschlagen sei leicht, das könne er auch; es sei aber notwendig, Kompromisse zu finden. Die Frage, wie lange es Österreich sich noch leisten könne, einen Kurswechsel hinauszuzögern, stellt er nicht. Diese Genügsamkeit entspringt nicht nur christlicher Bescheidenheit: Die Partei Khols, die ÖVP, hat alle Missstände, die er geisselt, mitzuverantworten. Sie ist, in Khols eigenen Worten, neben den Sozialdemokraten (SPÖ) eine der beiden «Staatsparteien».

Mehr als «parfümierter Mist»

Das Konzept der Bürgergesellschaft ist zwar nicht jener spiessbürgerlich «parfümierte Mist», den zu führen einige Kritiker Khol unterstellen. Doch fehlt Khol der Mut zur Konsequenz. Er schreibt es zwar selbst: «Das Modell der aktiven Bürgergesellschaft beginnt mit der Freiheit des Einzelnen.» Diese Einsicht vermag ihn aber nicht zu frischem Mut zur Freiheit zu beflügeln. Nur viele Einzelne, die mehr Zivilcourage als Chuzpe haben, schaffen sich – und anderen – eine standhafte Bürgergesellschaft. Und nur eine solche vermöchte Widerstand zu leisten, wenn dereinst Gegner der Demokratie sich wieder rührten. Khol schrieb 1998: «Das Erreichte ist ständig bedroht, es gibt keinen gesellschaftlichen Stillstand, es gibt kein Ende der Geschichte.» Da wäre, ganz nebenbei, mit der katholisch-konservativ-kleinbürgerlichen Notlüge aufzuräumen, das erfolgreiche Individuum trample über die Schwachen hinweg, der sogenannte Neoliberalismus neide den Ärmsten ihr subventioniertes Brot.

Die Entsolidarisierung, die Khol beklagt, ist das Produkt des alten, von ihm verwünschten Gesellschaftsmodells. Sie kann nicht die Folge einer Gesellschaft sein, die es nicht gibt. Hierzulande erwecken die Regierenden gelegentlich den Eindruck, als hätten sie soeben eine Margaret Thatcher nach unübersehbar vielen Jahren von der Macht verdrängt, als wäre Österreich endlich vom neoliberalen Joch befreit. In Wahrheit hat in diesem Land in den letzten 50 Jahren kein Liberaler genug zu sagen gehabt, um überhaupt Schaden anrichten zu können.

Sonntags nie?

«Bürgergesellschaft» sei ein ideologischer Kampfbegriff, schreibt der streitlustige Khol, ein sperriger noch dazu. Von einem Durchbruch zur Bürgergesellschaft zu reden ist hingegen ein Irrtum. Wohl spricht im Vorfeld der Nationalratswahl im Herbst sogar die SPÖ davon, dass Unternehmer nicht notwendigerweise Ausbeuter seien, sondern nützliche Wesen, die Arbeitsplätze zu bieten hätten. Dennoch kann von einer Abkehr vom alten Denken in Österreich keine Rede sein. Glücklicherweise sind die Leute meist weniger dumm, als Obrigkeiten aller Art anzunehmen geruhen, und viele gehen ihrer Wege mit mehr Chuzpe als Zivilcourage. Amtlich aber soll weiterhin gelten, dass das Prinzip Verwaltung dem Prinzip Freiheit überlegen sei. Als «neoliberal», asozial und familienfeindlich wird verteufelt, wer werktags nach halb acht Uhr abends oder gar am Sonntag Karotten kaufen oder verkaufen möchte. Karotten seien weder lebensnotwendig noch Reiseproviant, daher müsse man sie am Sonntag weder kaufen noch verkaufen können. Ob die Freiheit sieben Tage die Woche lebensnotwendig sei, Tag und Nacht, und dass sie mit Karotten zu tun haben könnte, kümmert die allerwenigsten.

Die Bürgergesellschaft beginnt mit der Freiheit des Einzelnen, ausser am Sonntag? Eigeninitiative sei jetzt erst «leistbar» geworden, sagt Khol; die Zeit sei reif für die Bürgergesellschaft. Es gehe darum, den Überschuss an Sozialstaat mühselig zurückzubuchstabieren. Eigeninitiative als staatlich subventionierter Luxusartikel? In der Theorie fangen die Österreicher mit Freiheit nicht viel an, in der Praxis hingegen schon. Am Sonntag toben sie ihren bürokratisch unterdrückten Unternehmergeist aus: im sogenannten Pfusch, in der Schwarzarbeit. Die Politiker bekämpfen das natürlich, aber nicht die Ursachen, nur die Folgen. Der «Pfusch» ist jedoch gelebte Bürgergesellschaft, freiwillig, örtlich verwurzelt, sachkundig, wenn auch emanzipatorisch. Er springt dort ein, wo der Staat mit Bürokratie, Zwängen und Abgaben im Wege steht; derlei schwebt Khol doch vor. Vielleicht sind die Österreicher auch deswegen so sehr gegen Sonntagsarbeit eingestellt, weil sie beim «Pfuschen» mehr verdienen als am Arbeitsplatz, trotz Sonntagszulage?

[1] Andreas Khol: Durchbruch zur Bürgergesellschaft. Ein Manifest. Molden-Verlag, Wien 1999.

[2] Andreas Khol: Mein politisches Credo. Aufbruch zur Bürgersolidarität. Molden-Verlag, Wien 1998.